



H+J-Newsletter

30. Januar 2012



| Inhaltverzeichnis | | Seite |
|-------------------|--|-------|
| China | <i>China feiert 100 Jahre Republik</i> | 1 |
| | <i>Proteste gegen Landenteignung</i> | 2 |
| | <i>Schweinegrippe-Virus - Blinder Alarm?</i> | 2 |
| Taiwan | <i>Taiwans Wahlergebnis</i> | 3 |
| Japan | <i>Die Illusion des starken Yen</i> | 3 |
| Südkorea | <i>Kritisches Denken unerwünscht - das koreanische Abi</i> | 4 |

China

China feiert 100 Jahre Republik

Am 1. Januar 1912 wurde China zur Republik. Das Kaisertum war vorbei. Nach dem Ersten Weltkrieg verursachte Chinas Zerrissenheit einen mächtigen kulturellen Schub, viele Intellektuelle wünschten sich eine Demokratie. Als die Westmächte China den Japanern zusprachen, fühlten sich viele Chinesen verraten und schwenkten zum russischen Kommunismus um. Nach dem Zweiten Weltkrieg entfaltete sich dann in Festlandchina Maos kommunistische Diktatur.

Manche Stimmen behaupten heute, das 1912 geweckte Ideal von politischer Gleichheit und Partizipation sei im Volk verankert und würde sich irgendwann gegen Bürokratie und Autokratie auflehnen wie im Arabischen Frühling.

Wu Si, Autor zensierter Bücher, Historiker und Chefredakteur einer politisch-historischen Zeitschrift, liefert Denkanstöße für zahlreiche Debatten. Seine Zeitschrift, 1991 von ehemaligen KP-Kadern gegründet, genießt einen Sonderstatus. Zahlreiche Berater und Autoren sind heute noch einflussreiche Parteiveteranen. Das Blatt beschäftigt sich mit Chinas Zukunft unter Berücksichtigung der Vergangenheit. Für Wu Si gehört die Gratwanderung zwischen Artikelinhalt und möglicher Zensur zum Alltag. Im Gegensatz z.B. zu Deutschland schreibt die Regierung vor, wie die Vergangenheit zu interpretieren ist, um die bestehende Herrschaftsform zu rechtfertigen.

Anlässlich der 100 Jahrfeier der Republik sagt Wu Si, kontroverse Diskussionen über die Vergangenheit fänden oft heimlich statt, die Medien würden von der KP beherrscht. 1911 markiert für sie

nur die Abschaffung des Kaisertums, der wahre Sieg der Revolution kam erst 1949 durch die Kommunisten. Historiker forschen noch nach den wahren Zielen der Revolution von 1911, die etwas unklar scheinen.

Wu Si sieht das kaiserliche China weniger als Feudalgesellschaft wie im europäischen Mittelalter, sondern als konfuzianische Bürokratie mit Beamten und dem Kaiser an der Spitze. Er vergleicht es mit einer großen Firma mit Oberboss und vielen Beauftragten in verschiedenen Positionen. Der Kaiser als Chef wurde 1911 gestürzt, durch den Chef der nationalistischen Partei ersetzt, und dieser wiederum durch die Spitze der KP. Außer dem Motto veränderte sich sonst in der Verwaltung nicht viel. Parallelen zur Gegenwart drängen sich auf wie z.B. zögerliche Reformen und unzufriedene Intellektuelle. Wie damals werden blutige Unruhen oder gar eine blutige Revolution wahrscheinlicher.

Paradox ist, dass zwischen 1912 und 1949 freie Meinungsäußerung verbreiteter war als heute. Damals unterdrückten die Kuomintang Regimekritiker, und die Kommunisten riefen nach Freiheit und Demokratie. Wu Si überlegt, warum nur autoritäre Regimes an die Macht kamen, obwohl auch die Universitäten damals liberaler waren. Heute finden Diskussionen über die Vergangenheit meist via Internet statt, zensurverdächtige Äußerungen werden mit historischen Themen verkleidet. Die Gegenwart wird durch die Debatte der Geschichte kommentiert.

(Fortsetzung auf der Seite 2)

Wu Si erwartet einen Umdenkungsprozess erst in einigen Jahrzehnten, wenn noch mehr Druck politische Reformen erzwingt. In seiner Jugend ein extrem idealistischer Verfechter des maoistischen Modells erkannte er, dass das System in der Praxis nicht funktioniert, was sein Interesse an der Geschichte des Landes weckte. Er wollte die Gründe dafür verstehen. Heute sieht er die Vergangenheit als Spiegel, um die Gegenwart zu betrachten und Fehler nicht zu wiederholen.

Ein Großteil der jungen Generation kümmert sich zwar nicht um Geschichte, aber durch wesentlich bessere und vielfältigere Arten von Geschichtsbüchern gibt es mehr Interessierte als in seiner Jugend.

Quelle: Zeit, 18./19.01.2012 von Christian Staas und Angela Köckritz
<http://www.zeit.de/2011/51/china-1911>
<http://www.zeit.de/2011/51/China-Republik-Interview>



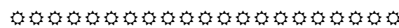
Proteste gegen Landenteignung

Konflikte um Bauland für Industrie- und Wohngebiete verursachen immer häufiger Zusammenstöße von Behörden mit der Bevölkerung. Die boomende Wirtschaft, die im Süden Chinas die Landpreise steigen lässt, führte zu Protesten der 20.000 Einwohner im südchinesischen Dorf Wukan in der Provinz Guangdong. Sie demonstrieren seit September gegen die Enteignung ihres Landes durch örtliche Funktionäre, die seitdem entweder mit dem Geld verschwanden oder entlassen wurden. Nach dem Einreichen verschiedener Petitionen und Treffen mit

ranghöheren Politikern eskalierten die Proteste, als ein Unterhändler in Polizeihaft starb. Man vermutet, er wurde zu Tode geprügelt. Die Polizei hat das Dorf abgeriegelt und lässt auch keine Lebensmittellieferungen mehr durch.

Die Behörden versuchen einzulenken, indem sie ein Vorgehen gegen die betroffenen Funktionäre ankündigten.

Quellen: Süddeutsche Zeitung 15.12.2011
<http://www.sueddeutsche.de/politik/proteste-in-china-sicherheitskraefte-riegeln-dorf-ab-1.1235372>



Schweinegrippe-Virus - Blinder Alarm?

Das sich 2009 in Asien ausbreitende H1N1-Virus, auch Amerikagrippe genannt, wird von der WHO zur weltweiten Seuche (Pandemie) mit Alarmstufe 6 eingestuft. Jedoch hat Alarmstufe 6 zunehmend ein Definitionsproblem. Die Amerikagrippe ist zwar hochansteckend und verursacht Todesfälle, aber verläuft meist leichter als eine saisonale Grippe. Die Erkrankten genesen schnell und ohne Medikamente, während die. In Entwicklungsländern könnte die Grippe ernster sein als in Ländern mit hoch entwickeltem Gesundheitssystem. Sollte der Virus mutieren, könnten schwere Erkrankungen folgen, aber das ist nichts Neues. Warnstufe 6 wird als Überreaktion betrachtet mit dem Hintergrund der Vogelgrippe von 2005 mit einer Sterblichkeitsrate von 60%.

der Vogelgrippe gestorben - der erste Todesfall nach 18 Monaten. Die Behörden sind ratlos aber Pläne für eine Massentötung von Hühnern wie in Hongkong Mitte Dezember, wo das Virus in drei Tieren nachgewiesen worden war, gibt es noch nicht. Übertragungen von Mensch zu Mensch sind extrem selten.

Forschern ist es jetzt gelungen, das Virus so zu verändern, dass dies möglich wird. Bei Übertragungen von Mensch zu Mensch könnte das Virus so mutieren, dass sich die Seuche schnell weltweit ausbreitet. Trotzdem muss die WHO bei Fällen wie der Amerikagrippe ihr Kriterien für die höchste Alarmstufe neu definieren. Im Ernstfall könnte sonst niemand mehr auf sie hören.

Quellen: Süddeutsche Zeitung, von 31.12.2011,
<http://www.sueddeutsche.de/panorama/erster-todesfall-nach-monaten-chinese-stirbt-an-voegelgrippe-virus-1.1247707>
Zeit: 14.09.2009 von Sven Stockrahm
<http://www.zeit.de/online/2009/25/pandemie-warnstufe>



| | | |
|---|--|--|
|  | <p>Informationen und Tipps für Geschäftsreisen in China www.china-almanach.de</p>  | <p>Blog „China Almanach“ für Ihre Geschäftsreisen nach China www.china-almanach.de</p> <p>Einträge: „Geld“ am 14. Jan. „Neujahrsfest“ am 23. Jan. „Sprache/Verständigung“ am 01. Feb. „Taxi“ am 15. Feb. „Hotels“ am 01. Mär.</p> |
|---|--|--|

Taiwan

Taiwans Wahlergebnis

Für die Präsidentschaftswahlen in Taiwan, die globale Bedeutung hatten und für die Sicherheit ganz Asiens entscheidend waren, standen drei Kandidaten zur Auswahl. Zum einen der 2008 gewählte, 61-jährige Amtsinhaber Ma Ying Jeou, ein moderater ehemaliger Professor und Rechtsanwalt. Zwei Drittel der Taiwaner befürworten seine China-Politik der „Drei Nein“: keine Unabhängigkeitserklärung, keine Wiedervereinigung, keine Gewalt sowie der Erhalt des Status Quo mit China. Obwohl Festlandchina Taiwan weiterhin als abtrünnige Provinz sieht und Tausende von Raketen auf die Insel gerichtet hat, gibt es unter Mas Regierung wieder direkte Flug-, Post- und Frachtverbindungen zum Festland, Festland-Chinesen dürfen als Touristen nach Taiwan reisen und es gibt ein Freihandelsabkommen mit Peking. Chinas Staatspräsident Hu Jintao, die USA und andere westliche Staaten hofften auf eine Wiederwahl Mas, die eine Lösung des Taiwan-Konflikts wahrscheinlicher macht.

Die Oppositionspartei DPP (Democratic Progressive Party) mit der Kandidatin Tsai Ing Wen meint, Ma sei China zu weit entgegengekommen. Als Vertreter der Kuomintang (KMT) ist Ma ihnen suspekt, da die KMT lange ein rechtsreaktionärer Machtapparat war, die erst in den neunziger Jahren Taiwan demokratisierte. Die DPP strebt als Fernziel die Unabhängigkeit Taiwans an, wie sie das schaffen will, blieb jedoch unklar. Tsai ist ebenfalls Akademikerin und setzte auf die Stimmen der Frauen und der Jugend.

Beide Parteien sind nach westlichem Verständnis konservativ.

Der dritten Partei, die zu einer Wiedervereinigung mit China neigt, wurden wenig Chancen eingeräumt.

Taiwan ging seit jeher einen eigenen Weg, ein Wirtschaftsboom sorgte für Wohlstand, das Land gilt als einer der „Tiger-Staaten“ Asiens. Die USA sagte im Fall eines Angriffs dem Land Unterstützung zu, ein Versprechen, welches durch Amerikas wachsende Beziehungen mit Festland-China bezweifelt wird. Eine chinesische Doktrin schreibt vor, dass Länder mit diplomatischen Beziehungen zu Taiwan automatisch auf Beziehungen zur Volksrepublik verzichten. Daher unterhält Taiwan auch nur mit 20 kleinen, politisch unwichtigen Staaten diplomatische Kontakte.

Etwa 14 der 18 Millionen Wahlberechtigten nahmen an der Präsidentschaftswahl teil, zugleich wurden die 113 Abgeordneten des Parlaments gewählt.

Obwohl ein Kopf-an-Kopf Rennen prognostiziert wurde, gewann Ma mit klarem Vorsprung. Die Taiwaner haben sich laut Ma für den Weg des Wohlstands, der Integrität und des Friedens entschieden.

Quelle: Süddeutsche Zeitung, 14.01.2012, von Christoph Neidhart und Jasmin Off,
<http://www.sueddeutsche.de/politik/taiwans-praesident-nach-wiederwahl-pekings-treuer-freund-1.1258645>
<http://www.sueddeutsche.de/politik/praesidentschaftswahlen-in-taiwan-mit-sicherheit-in-die-unsicherheit-1.1257428>
<http://www.sueddeutsche.de/politik/politik-kompakt-mindestens-tote-bei-anschlag-auf-schiiten-im-irak-1.1257966>

oooooooooooooooooooooooooooo

Japan

Die Illusion des starken Yen

In Japan wächst die Furcht vor einer Wirtschaftskrise. Der Staat ist mit 220% des Bruttosozialprodukts verschuldet und nimmt mehr Geld am Finanzmarkt auf, als er Steuern einnimmt. Der Yen ist nur wegen des schwachen Dollars und Euros stark. Internationale Investoren, die Einbrüche in den USA und Europa befürchten, fliehen den Yen und treiben ihn damit hoch, was Japans Exportwirtschaft belastet. Konkurrenten sind Taiwans und Südkoreas Elektronik- und Autoindustrie, südkoreanische Autos und Elektronik sind billiger als japanische. Korea hat, anders als Japan, mit den USA und der EU ein Freihandelsabkommen abgeschlossen.

Durch den starken Yen machen ausländische Töchter japanischer Firmen weniger Profit, der in Yen umgerechnet wird. Hohe Unternehmenssteuern sorgen zudem dafür, dass Firmen es vermeiden, die Töchtergewinne wieder ins Land zurückzuführen.

Vor allem seit der Tsunami-Katastrophe steigen die Staatsausgaben, die Steuereinnahmen sinken, die Wirtschaftslage verschlechtert sich zunehmend. Hoffnung auf eine wachsende Wirtschaft besteht

kaum, die Bevölkerung ist überaltert, schrumpft und konsumiert immer weniger, die internationale Konkurrenz wird größer.

Ein schwacher Yen käme Japan gelegen. Es gibt aber erst seit 1989 eine Mehrwertsteuer von gerade mal 5%. Diese müsste stetig angehoben werden, denn damit bezahlt jeder Steuern im Land selbst, was auch Steuerhinterziehung verringert.

Ein gefährlicher Faktor sind die Staatsanleihen, die anders als in Griechenland zu 95% von Japanern gehalten werden. Eine plötzliche Zinserhöhung bei einem Preissturz der Staatsanleihen trüfe sehr viele Japaner, darunter Hausbesitzer, Firmen mit Hypothekenschulden und Banken. Würden die Zinsen gesenkt, sinken auch die Kurse der Staatsanleihen, womit viele Japaner Verluste erleiden würden, was noch mehr staatliche Ausgaben für den Schuldendienst bedeutet.

Quelle: Süddeutsche Zeitung, 22.12.2011, von Christoph Neidhart
<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/konjunkturelle-entwicklung-asien-japan-bangt-vor-griechenland-syndrom-1.1241473>

oooooooooooooooooooooooooooo

Südkorea

Kritisches Denken unerwünscht - das koreanische Abi

Südkorea hat ein extrem forderndes Bildungssystem, die Schüler sind im weltweiten Vergleich am unglücklichsten. Ein Jahr vor dem Abitur pauken sie fast 16 Stunden täglich: Unterricht von 8.00 bis 16.00, Lesesaal, dann kurze Pause daheim, wieder Lesesaal - oft bis nach Mitternacht. Am Tag des Abiturs ist der allgemeine Arbeitsanfang eine Stunde später, damit sie ohne Berufsverkehr rechtzeitig zur Prüfung kommen. Polizei mit Blaulicht begleitet schon mal eilige Schüler. Müssen während der Prüfung CDs gehört werden, dürfen eine halbe Stunde keine Flugzeuge starten, damit Ruhe herrscht. Die Eltern beten derzeit in buddhistischen Tempeln um ein gutes Abitur ihrer Kinder.

Nach bestandenem Abi wollen 95% der Koreaner auf die Uni, obwohl sie nicht genau wissen warum - das gehört sich eben. Das Semester kostet zwischen 3000 und 6000 Euro, ein Großteil des Familieneinkommens. Der durchschnittliche Stundenlohn liegt immer noch bei drei Euro. Die besten Unis fordern ein perfektes Abitur. Die Arbeitslosenrate ist hoch, aber es werden dringend Arbeitskräfte für nicht-akademische Jobs gesucht.

Das Abi basiert auf multiple-choice Fragen, das Schulsystem fördert stures Auswendiglernen und unterdrückt kreatives und kritisches Denken, denn das würde sich im späteren Job negativ auswirken. Vorgesetzten widerspricht man nicht. Die bereits bestehende starke Hierarchie unter den Schülern hat ihre Grundlage im Konfuzianismus, wo die Älteren über den Jüngeren stehen. An den Schulen herrscht noch die Prügelstrafe, die aber jetzt abgeschafft werden soll. Ferien oder Pausen sind selten oder werden nicht wahrgenommen. Nach dem Unterricht warten die Nachhilfe-Institute, denen es erst seit kurzem verboten wurde, nach 22.00 noch zu unterrichten. Jetzt soll gar der Samstagsunterricht abgeschafft werden. Koreanische Mütter freuen sich, denn das bedeutet mehr Zeit für Nachhilfeunterricht. Nach dem Abitur auszuspännen oder zu reisen ist nicht angesagt. Man könnte ja zuviel Stoff versäumen.

Der Bildungseifer hängt mit dem Wirtschaftsboom zusammen - früher begann der Aufstieg einer Familie aus der Armut oft mit einem Studium, also fordern die Eltern der heutigen Schüler, diesen Aufstieg unbedingt fortzusetzen.

Quelle: Süddeutsche Zeit, 05.12.2011, von Bastian Brinkmann
<http://www.sueddeutsche.de/bildung/abitur-in-suedkorea-stunden-am-tag-lernen-1.1226457>



Interkulturelle Seminare „Asien besser verstehen“

Aktuelle Termine

| | | |
|--------|----------------------|-----------|
| China | 15.02. (Mi.) | Hamburg |
| | 27.02. (Mo.) | Köln |
| | 28.02. (Di.) | Stuttgart |
| | 05./06.03. (Mi./Do.) | Frankfurt |
| | 13.03. (Di.) | Augsburg |
| Japan | 29.02. (Mi.) | Augsburg |
| Korea | 07.03. (Mi.) | Frankfurt |
| Indien | 14.03. (Mi.) | Stuttgart |

Infos unter www.huang-jaumann.de, oder rufen Sie uns an. (Beratungshotline: 0821-319 9840)
Wir freuen uns auf Sie!

Redaktion: Ulli Jenisch

Kostenlose Abonnement : newsletter@huang-jaumann.de

Huang + Jaumann Wirtschaftsbüro
Bauerntanzgässchen 1
86150 Augsburg
Fon: 49-821-31 99 840
Fax: 49-821-31 99 815
info@huang-jaumann.de

Leistungen:
Interkulturelles Asien-Training
Coaching
Interkulturelle Beratung
China-Koordination

Internet:
www.huang-jaumann.de
www.china-seminare.com
www.japan-seminare.com
www.korea-seminare.com
www.indien-seminare.com
www.arabien-seminare.com